Das westpreußische Handwerk

„Das westpreußische Handwerk" erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis vierteljährlich 1,00 M., mit Bestellgeld 1,12 M. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger entgegen.



Im Anzeigenteil kostet die viergespaltene Petitzeile 20 Pf., bei Bekanntmachungen von Innungen, Genossenschaften 10 Pf. Aufträge nimmt die Expedition in Löbau Wpr. entgegen.

Amtliches Organ der Handwerkskammer zu Graudenz
für den Regierungsbezirk Marienwerder.

Nr. 27. Graudenz, Sonnabend, den 30. September 1916.

An das deutsche Handwerk!

In entscheidender Stunde ist das deutsche Volk in der Heimat wiederum zur Teilnahme an dem großen Kampfe aufgerufen, den unser Vaterland um seine politische und wirtschaftliche Existenz zu führen hat.

Es gilt der Zeichnung der 5. Kriegsanleihe!

Die vereinigten deutschen Handwerks- und Gewerbekammern wenden sich heute durch uns an das gesamte deutsche Handwerk, es eindringlich hinzuweisen auf das Gebot der Stunde. Das Handwerk möge sich bewußt sein, daß auch seine wirtschaftliche Zukunft abhängt von dem Ausgang des Krieges, der durch englische Tücke nicht zuletzt ein Wirtschaftskrieg geworden ist.

Für die weitere Gestaltung des Krieges wird das Ergebnis der 5. Kriegsanleihe entscheidend sein. Je günstiger ihr Ergebnis, je mehr wird ein endgültiger Sieg gesichert und beschleunigt. Wer sich jetzt von der Kriegsanleihe fernhält, verlängert den Krieg!

Unser Hauptfeind ist England! England ist nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch finanziell die Seele des gegen unser Vaterland gerichteten Vernichtungskrieges. Diesem Hauptfeinde soll der Kampf des deutschen Volkes gelten.

Schafft hierzu die Waffen, zeichnet die Kriegsanleihe!

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

H. Plate. **Dr. Meusch.**

Das Lieferungsgemeinschaftswesen im Handwerk.

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages hat in seiner in Jena am 15. September ds. Js. abgehaltenen Sitzung beschlossen, eine ständige Kommission für Lieferungsgemeinschaften des Handwerks am Sitze der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks und Gewerbekammertages in Hannover zu gründen. Dieser Kommission sollen angehören Vertreter des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages und der im Reiche bestehenden selbständigen gewerblichen Genossenschaftsverbände. Die Kommission hat die Aufgabe, die Bildung von Lieferungsgemeinschaften der verschiedensten Rechtsformen dauernd zu überwachen und unzweckmäßige Gründungen nach Umfang und Art der Gemeinschaften zu verhindern. Ferner soll die Kommission für ordnungsmäßige Revision und dauernde Beratung der Lieferungsgemeinschaften Sorge tragen. Soweit Lieferungsgenossenschaften in Frage kommen, soll dieser Zweck durch Anschluß der Genossenschaften an die im Reich bestehenden Genossenschaftsverbände und in Verbindung mit diesen durchgeführt werden. Die dauernde Ueberwachung soll erreicht werden durch die Anmeldung der Lieferungsgemeinschaften bei der Hauptstelle für Verdingungswesen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Hannover. Lieferungsgemeinschaften, die sich den Bedingungen der Kommission nicht unterwerfen, sollen bei der Vergebung v. Lieferungen durch die Hauptstelle für Verdingungswesen oder durch die einzelstaatlichen zentralen Vergebungsstellen der Handwerks- und Gewerbekammern nicht mehr berücksichtigt werden.

Das System ist Schuld.

Aus der Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands.

In unserer Nummer 36—37 vom 10. d. Mts. waren im Anschluß an ein Beispiel aus dem Leben wieder einmal die Schäden des heutigen Submissionswesens und insbesondere das behördliche Drücken der Preise gegeißelt worden. Im Anschlusse daran erhalten wir von einem sächsischen Tischlermeister eine Darlegung der von ihm auf dem Gebiete der Submission gemachten Erfahrungen, deren Richtigkeit die zuständige sächsische Gewerbekammer allen Inhaltes ausdrücklich bestätigt. Wir lassen diese Darlegung im nachstehenden folgen:

Zu Ihren Artikel „Preisaufschlag u. Unterbietung" gestatte mir zu bemerken, daß alle diese trüben Erscheinungen nicht verschwinden werden, so lange nicht das System geändert wird. Wenn seitens der vergebenden Behörde die Arbeit nur an den Mindestfordernden vergeben wird, so hat doch eben nur derjenige, welcher den billigsten Preis macht, Aussicht, die Arbeit zu erhalten; und da in der Regel alle, die sich beteiligen, auch die Arbeit brauchen, so wird dann eben, wie der Volksmund sagt: „Schinder auf Racker" gerechnet! Daß auch seitens der Behörden auf eine durchgreifende Systemänderung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, beweist der nachstehende Fall:

Für Sachsen sollten vom Ingenieur-Komitee Berlin annähernd 100 000 Stück Minenkisten durch das Submissionsamt unter Mitwirkung der Gewerbekammer vergeben werden mit der Weisung, diesen Auftrag möglichst dem Handwerk zuzuführen. Der Preis war auf 8,75 M. für das Stück, komplett mit Beschlag und Blecheinsatz ohne Anstrich frei Abnahmestelle Dresden, festgesetzt. Dem Submissionsamt und den Gewerbekammern erschien der Preis zu gering und wurde demzufolge eine Versammlung von Fachleuten aus allen fünf Gewerbekammerbezirken nach Riesa für den 1. August einberufen, um die Preisberechnung zu prüfen. Die Versammlung war von ca. 15 Herren besucht und kam nach fast dreistündiger Beratung zu folgendem Ergebnis:

Holz 0,762 qm 26 mm und	
0,092 „ 20 „ zusammen rund. . . .	M. 2,15
Zuschnitt, Lohn und Maschinenarbeit einschl.	
Anschlag u. Transp. frei Stat. Dresden. . .	M. 3,—
Leim	M. 0,05
Beschläge einschl. Schrauben	M. 1,50
Blecheinsatz ohne Abreißstreifen	M. 3,30
	M. 10.—
40 Proz. Unkosten v. Lohn	M. 1,20
30 Proz. Verdienst v. Lohn	M. 0,90
	M. 12,10

Mit Abreißstreifen 50 Pf. mehr.

Diese Berechnung wurde dem Ingenieur-Komitee unterbreitet, von demselben aber mit dem Hinweis abgelehnt, daß mehr als 8,75 per Stück nicht gezahlt würden.

Um nun nichts unversucht zu lassen, wurde zur nochmaligen Prüfung und möglichsten Verbilligung des Angebots nochmals eine Versammlung von Fachleuten unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Eberle-Nossen für den 14. August nach Leipzig in das Submissionsamt berufen, wo man sich auf die Gefahr hin, daß den Großstädten die Beteiligung dann nicht mehr möglich sei, auf den Preis von 10,80 M. bez. 11,30 M. per Stück einigte. Herr Bürgermeister Eberle im Verein mit Herrn Tischlerobermeister Heinze-Dresden übernahm die Vorlegung und Begründung dieses Preises, und es wurde den Herren an die Hand gegeben — wenn es nicht anders gehen sollte — eventuell in Rücksicht auf die kleinen Orte u. um den Auftrag noch zu retten, auf die 30 pCt. Verdienst zu verzichten. Aber auch dieses war umsonst, und man blieb seitens des Ingenieur-Komitees dabei, nur 8,75 M. per Kasten zu bewilligen, worauf natürlich sowohl Submissionsamt als auch Gewerbekammern auf den Auftrag verzichteten.

Nun begann wieder das freie Spiel der Kräfte, und so sind dann nun 35 000 Stück an einen Herrn Lange, Leiter der Gewerbebank in Reichenau bei Zittau, also an einen Mann, der von der Herstellung der Kasten keine Ahnung hat, und 50 000 Stück an die Hochbau- und Eisenbetonindustriefirma Ernst Uhlemann in Stolpen vergeben worden.

Bei der Beratung in Leipzig wurde vom Unterzeichneten noch darauf hingewiesen, daß für Zünderkästen per Stück 14 M. bezahlt wurden, was doch, wenn man dagegen den Preis von 8.75 M. für Minenkästen zum Vergleich stellt, selbst dem Laien auffallen muß, daß da der letztere Preis zu niedrig ist.

Beim Inslebenrufen des Ingenieur-Komitees setzte man in Handwerkerkreisen die Hoffnung auf Besserung von Arbeitsgelegenheit durch Erlangung von Kriegslieferung, und hier macht man leider die betrübende Erfahrung, daß in Wirklichkeit immer wieder das Handwerk gedrückt werden soll.

Gerade dieser Fall müßte Gewerbekammern und dem Submissionsamt, als den berufenen Vertretern des Handwerks, Veranlassung sein, ganz nachdrücklichst und energisch in dieser Sache bei der dem Ingenieur-Komitee vorgesetzten Behörde vorstellig zu werden und auf Abhilfe zu dringen.

Aufgabe aller Fachverbände, Innungen, kurz aller Handwerkervereinigungen muß es aber sein, den Ruf nach einer Systemänderung in dieser leidigen Submissionsfrage immer lauter und eindringlicher zu erheben, wenn das Handwerk nicht noch ganz zugrunde gehen soll!

Zittau, 10. September 1916.

Wilhelm Hugo Barth,
Tischlermeister.

Die Richtigkeit der im vorstehenden Artikel gemachten Angaben bestätigt

Zittau, 12. September 1916.

Das Sekretariat der Gewerbekammer.
Dr. Gebhardt, Syndikus.

*

Wir schließen hieran den folgenden Bericht, der uns aus Cassel zugegangen ist und in dem dieselbe Frage behandelt wird:

In der am 5. d. Mts. stattgefundenen Hauptversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holzgewerbe, Bezirksverband Cassel, wurde vom Kollegen Joh. Wiegel Bericht über den Verbandstag in Berlin gegeben. Eine rege Aussprache zeitigte die notwendige Erhöhung unserer Preise. Es wurde festgestellt, daß diese wohl dringend erforderlich, aber ebenso schwer durchführbar sei, die Konkurrenz im Holzgewerbe trotz des Krieges eine große sei. Es tauchen immer wieder Unternehmer auf, welche alle ehrlichen Bestrebungen zu nichte machen. So ist jetzt wieder eine Firma aus Güstrow in Mecklenburg im Gange, welche zu Preisen anbietet, daß man nicht weiß, wie das Geschäft eigentlich gemacht wird. Diese Firma hat nicht nur inCassel unliebsam gewirkt, sonder auch in Ostpreußen machte sie dem Holzgewerbe eine unglaubliche Kraftprobe, die Preise herunterzureißen, und dieses in einer Zeit, wo jeder vernünftige Arbeitgeber sich sagen muß, du mußt verdienen, um deine ungeheueren Geschäftsunkosten durch nicht ausgenutzte Betriebe hereinzuholen, während wir täglich vor Augen sehen, wie andere Berufsstände enorme Gelder verdienen, wie der Landwirtschaft das Geld förmlich aufgedrängt wird, daß die kleinen Landleute sich häufig schämen, den Städtern die Richtpreise abzunehmen. Wenn man nun als Mensch mit Herz noch daran denken soll, den Arbeitern und ihren Familien ebenfalls gerecht zu werden, daß dieselben sich doch einigermaßen ernähren können, so ist es eigentlich unverantwortlich, daß es immer noch Firmen im Holzgewerbe gibt, die zu solchen unerhört niedrigen Preisen das Ansehen und das Vorwärtskommen des Gewerbes schädigen.

Von der Versammlung wurde beschlossen, daß in den Tagesblättern eine Bekanntmachung erlassen wird, in welcher den Behörden, den Architekten und dem Publikum mitgeteilt wird, daß die Schreinerarbeiten den Zeitverhältnissen entsprechend im Preise erhöht werden.

Der Vorsitzende gibt alsdann zwei Schreiben bekannt, aus denen deutlich zu ersehen ist, daß die Militärverwaltung einen ganz besonderen Standpunkt einnimmt, jeder Kommentar dazu ist überflüssig, die Kollegen im Reiche mögen aber daraus ersehen, wie das bekannte Wohlwollen in der Praxis aussieht. Wenn wir wieder zu Kongressen ziehen, können wir einmal den Herren Geheimräten wenn dieselben die Grüße des Herrn Ministers bestellen, diese Briefe zeugen. Wir lassen dieselben im Wortlaut folgen, möchten aber dazu bemerken, daß die Herren Beamten wohl nicht immer Schuld sind, sondern am System leiden wir, und dieses System ist nur im Kriegsministerium und in der Ober-Rechnungskammer zu ändern. Dabei ist der einzelne machtlos, diese Angelegenheiten können nur von großen Verbänden mit Hilfe der politischen Parteien geändert werden.

Es wurden dann noch eine Anzahl Antwortschreiben verlesen, welche eingelaufen sind, auf Grund von Eingaben, die mit der Arbeiterschaft gemeinsam an die Behörden gerichtet waren, von denen uns die Anwort der Herrn Regierungspräsidenten recht erfreut hat, wir geben auch diese zur Kenntnis der Kollegen im Reiche.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen waren, gibt der Vorsitzende unter Zustimmung der Versammlung seiner Freude darüber Ausdruck, daß am heutigen Abend unser Schriftführer Kollege Wilhelm Oetken, der nun bereits 2 Jahre als Pionierunteroffizier im Felde steht, unter uns weilen kann, da er kurzen Urlaub hat; wir hoffen, daß derselbe, wie auch die übrigen Kollegen, welche draußen sind, recht bald wieder für immer in unseren Versammlungen anwesend sind.

Kniest.

Wir lassen nun die im vorstehenden erwähnten Schriftstücke folgen.

Stellvertretende Intendantur
des 11. Armeekorps.
S. V. Nr. 920-8. 6. Cassel, den 29. August 1916.
An
die Schreiner-Innung für Stadt- u. Landkreis
Cassel.

Beifolgend erhält die Innung die mit Schreiben vom 18. d. Mts. übersandte Verhandlung nach Kenntnisnahme mit bestem Dank zurück:

Zum Schreiben selbst wird erwidert, daß bei allen öffentlichen und beschränkten Verdingungen, wie dem Herrn Kniest bereits auseinandergesetzt worden ist, nach den hierfür geltenden Bestimmungen der Heeresverwaltung verfahren wird.

Hiernach wird der Zuschlag bei öffentlichen Verdingungen nur solchen Bewerbern erteilt, die ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung gewährleistendes Angebot gemacht haben und ihren Beitragspflichten bei Kranken- und Unfallversicherungen nachzukommen pflegen.

Die Andeutung der Innung, daß bei der Militärverwaltung ein unrichtiges Verdingungsverfahren geübt wird, muß daher entschieden zurückgewiesen werden. Im übrigen wird der Bestrebung zur Erhaltung eines reellen, tüchtigen und leistungsfähigen Handwerkerstandes auch seitens der Heeresverwaltung das größte Wohlwollen entgegengebracht.

J. A.
(Unterschrift.)

2. Militär-Neubauamt
der Munitionsfabrik Cassel.
Leipziger Str. Nr. 134. Fernspr. Nr. 1622
Nr. 9208 Cassel, den 23. August 1916.
An
Schreinerinnung für Stadt- und Landkreis Cassel
z. Hd. d. Herrn Obermeister Wilh. Kniest,
Cassel,
Sophienstraße 30.

Die mit Schreiben vom 18. dieses Monats den Neubauamt übersandte Verhandlungen vom 29. 7. 1916 wird in der Anlage ergebenst zurückgesandt. Das Neubauamt teilt Ihnen hierzu mit, daß alle Verdingungen und Zuschlagserteilungen durchaus nach den für die Heeresverwaltung bestehenden Bestimmungen stattgefunden haben. Während sich die Ausführungen der Anlage im wesentlichen auf öffentliche Verdingungen der Anlage im wesentli- Arbeiten für den Neubau der Munitionsfabrik fast ausschließlich beschränkt verdungen worden, woraus sich ganz wesentlich andere Gesichtspunkte von selbst ergeben.

Was nun Ihren versteckten Vorwurf anbetrifft, daß nicht einwandfreie Firmen vom Neubauamt Arbeiten erhalten haben, so liegt dieses wohl in erster Linie daran, daß den Handwerksmeistern aus mancherlei Gründen eine gewisse Konkurrenz nicht angenehm ist. Gerade aber die Casseler Handwerksmeister und Unternehmer haben das Neubauamt dadurch, daß sie gemeinsame Sache machten und nur Scheinangebote einreichten, wiederholt gezwungen, Firmen mit heranzuziehen, die mit den Casseler Unternehmern keine Fühlung haben. Wie weit auch einzene Innungen an diesen Vereinbarungen beteiligt sind, soll hier nicht weiter untersucht werden, jedoch hat das Neubauamt auch Beweise dafür, daß dieses vorgekommen ist. Das Bauamt war also gezwungen, Firmen, die der Innung fernstehen, heranzuziehen. Selbstverständlich hat das Bauamt über die Firmen vorher Erkundigungen an zuständigen Stellen eingezogen.

(Unterschrift.)

3. Der Regierungs-Präsident.

A 2 Nr. 4578. Cassel, den 5. August 1916

An
den Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe Bezirksverband Cassel
Hier
Sophienstraße 30.

Auf die Eingabe vom 11. v. Mts.

Die Verschaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit nach Friedensschluß erkennt die Staatsregierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, u. selbstverständlich bin ich, wie ich bereits auf ähnliche Wünsche anderer Verbandsvertreter ausgesprochen habe, auch meinerseits gern bereit, alle darauf gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. In Vorbereitung befindliche oder in Aussicht genommene staatliche Bauausführungen werden unter diesem Gesichtspunkte nach Möglichkeit gefördert. Bei der Vergebung von Bauaufträgen ist bereits Vorsorge getroffen, den von einzelnen Seiten vorgebrachten, hier nicht näher angegebenen Klagen zu begegnen (Verdingung in einzelnen Losen auch für kleinere Gewerbetreibende, Abstandnahme von ausschließlicher Berücksichtigung des Mindestgebots usw.).

Hiernach dürfte eine weitere mündliche Erörterung zurzeit nicht erforderlich sein; auf Wunsch bin ich aber zu einer solchen nach vorheriger Anmeldung bereit.

Den Mitunterzeichner der Eingabe bitte ich entsprechend zu benachrichtigen.

(Unterschrift)

Gegen den Leimwucher.

Die Versammlung von Vertretern des deutschen Holzgewerbes, die sich in Berlin mit der Frage der Leimpreise und Leimversorgung beschäftigte, nahm am Schluß der Verhandlungen hierüber einstimmig folgende Entschließung an:

„Die am 21. August im Lehrervereinshaus zu Berlin tagende Versammlung von Vertretern aus allen Zweigen des deutschen Holzgewerbes stellt mit Bedauern fest, daß nach Erscheinen der Bundesratsverordnungen vom 24. Februar nud 13. April 1916 über den Verkehr mit Leimleder und Knochen eine jeder Beschreibung spottende Preistreiberei auf dem Gebiet des Leimhandels eingetreten ist. Den Leimverbrauchern sind innerhalb weniger Monate ohne jede innere Berechtigung und unter Verleugnung aller guten Sitten durch den Leimhandel viele Millionen entzogen worden. Das durch den Krieg ohnehin schon schwer notleidende deutsche Holzgewerbe erhebt gegen eine derartige Ausbeutung seiner Notlage den allerschärfsten Protest und bittet den Bundesrat, neben der in Aussicht gestellten Bedarfsanmeldung und Bestandsaufnahme ungesäumt Bestimmungen zu treffen, nach denen alle Vorräte an Leder- und Knochenleim zu noch festzusetzenden angemessenen Höchstpreisen beschlagnahmt werden, und durch den Kriegsausschuß für Ersatzfutter in Gemeinschaft mit einer Fachkommission eine Bewirtschaftung des Leims erfolgt."

Der Versammlung, die unter dem Vorsitz des Ehrenobermeisters Richt der Berliner Tischlerinnung stattfand, wohnten als Vertreter des Kriesausschues fü rErsatzfutter deren Leiter Dr. Hermes und als Vertreter der städtischen Gewerbedeputation Stadv. Imberg bei. Obermeister Rahardt, Vorsitzender der Berliner Handwerkskammer, berichtete eingehend über die maßlosen Preistreibereien des Leimhandels. Der Leiter des Kriegsausschusses für Ersatzfutter, Dr. Hermes, begrüßte die Tätigkeit der deutschen Tischlerinnungen und des Holzgewerbes für eine bessere Regelung der Leimversorgung.

* * *

Im Auftrage der Handwerkskammer
Schriftleitung: Syndikus i. V. W. Ollmann, Graudenz.
Druck und Expedition:
Buchdruckerei Drewenz-Post, Löbau Wpr. Danzigerstr. 4.
